
1. Verfahrensbrief

(Information – Allgemeiner Teil)

für das Vergabeverfahren:

Stadt Schwalbach – Losweise Vergabe von Fachplanungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgebäudes mit Bauhof

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 119 Abs. 5 GWB, § 17 VgV

sowie nach Maßgabe des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)



060239-2016/001:06

Vergabeunterlagen vom 21.05.2026

A.	Allgemeines zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen	4
I.	Auftraggeber	4
1.	Auftraggeber der hier ausgeschriebenen Leistungen ist:.....	4
2.	Vergabestelle/Verfahrensbetreuer.....	4
II.	Kurzbeschreibung des Auftragsgegenstands und des Umfangs	4
III.	Lose	5
IV.	Ausführungsort	6
V.	Rechtsschutz	6
1.	Zuständige Vergabekammer	6
2.	Rügeobliegenheiten und -fristen.....	6
3.	Nicht berücksichtigte Bewerber	7
B.	Teilnahmewettbewerb (1. Stufe des Verfahrens): Allgemeine Anforderungen an die Teilnahmeanträge.....	7
I.	Allgemeines	7
1.	Teilnahmefrist	7
2.	Vorzulegende Unterlagen / Nachweise	7
II.	Teilnahmebedingungen	8
1.	Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister	8
2.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	8
3.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	9
4.	Beteiligung mehrerer Unternehmen	9
5.	Präqualifikation	10
III.	Ausführungsbestimmungen	10
IV.	Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden (Bestenauslese)	10
1.	Geplante Zahl der Wettbewerbsteilnehmer	10
2.	Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern.....	10
C.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote (2. Stufe des Verfahrens)	10
I.	Allgemeines	10
1.	Einreichung der Angebote	10
2.	Nebenangebote	10
3.	Umfang der Angebote.....	11
4.	Angebotsfrist.....	11
II.	Zuschlagskriterien, Gewichtung und Wertungsformel	11
1.	Zuschlagskriterien.....	11
2.	Erläuterung der Zuschlagskriterien.....	12
3.	Bewertungsrahmen.....	13
4.	Die Bewertung der Einzelkriterien erfolgt nach folgender Maßgabe:	14
III.	Besondere Vertragsbedingungen	15
D.	Allgemeine Hinweise.....	15
I.	Vergabeverfahrensart und -ablauf	15
II.	Kontaktstelle und Kommunikation	16
III.	Fragen zum Verfahren und den Vergabeunterlagen	17
1.	Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen	17

	2.	Frist für Bewerber-/Bieterfragen	17
	3.	Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen der Auftraggeberin.....	17
IV.		Hinweise für Teilnehmer am Wettbewerb	17
	1.	Zugelassene Sprachen.....	17
	2.	Ausschlussgründe	17
	3.	Formblätter der Auftraggeberin	18
	4.	Keine Kostenerstattung	18
	5.	Sicherstellung des Wettbewerbs	18
	6.	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten	18
	7.	Geheimschutz – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.....	20
	8.	Wahrung der Vertraulichkeit	20
	9.	Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens	20
	10.	Sonstiges	21
V.		Kooperationen bei Teilnahme an Vergabeverfahren	21
	1.	Bewerber-/ Bietergemeinschaften	21
	2.	Sogenannte Eignungsleihe.....	21
	3.	Nachunternehmer / Unterauftragsvergabe	22

A. Allgemeines zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen

I. Auftraggeber

1. Auftraggeber der hier ausgeschriebenen Leistungen ist:

**MAGISTRAT DER STADT SCHWALBACH AM TAUNUS
MARKTPLATZ 1-2
65824 SCHWALBACH AM TAUNUS
DEUTSCHLAND (DE)**

NUTS-Code: DE71A
Internet-Adresse: <https://www.schwalbach.de>

2. Vergabestelle/Verfahrensbetreuer

**GÖRG PARTNERSCHAFT VON
RECHTSANWÄLTEN MBB
VERGABESTELLE
ULMENSTRASSE 30
60325 FRANKFURT AM MAIN
DEUTSCHLAND (DE)**

E-Mail: vergabestelle@goerg.de
NUTS-Code: DE 712
Internet-Adresse: www.goerg.de

II. Kurzbeschreibung des Auftragsgegenstands und des Umfangs

Bezeichnung: Stadt Schwalbach am Taunus – Losweise Vergabe von Fachplanungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgebäudes mit Bauhof

CPV-Code: 71000000-8 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen; 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung; 71321000-4 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen;

Der Auftraggeber beabsichtigt, (Fach-)Planungsleistungen für den Neubau eines Feuerwehrgebäudes und eines Bauhofs in Schwalbach am Taunus zu vergeben. Der Feuerwehrstandort befindet sich im Altstadtbereich. Eine Machbarkeitsstudie (2019) sowie eine Standortanalyse (2021), die das Grundstück des städtischen Bauhofs als geeignet identifiziert, liegen vor. Der Bebauungsplan Nr. 43 ist seit dem 27.09.2023 rechtskräftig.

Besondere Leistungen sind Bestandteil des Auftrags, insbesondere:

Leistungsstufe 1 – LPH 1-4 – Übergeordnet

- 4 Abstimmungsgespräche mit den Nutzern, Gesprächsdauer ca. 2 Stunden zuzüglich Vorbereitung und Mitwirkung bei der Protokollierung der Ergebnisse durch den Objektplaner

Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung

- Mitwirkung bei der Überprüfung des Raumprogramms auf Grundlage geltender Richtlinien (u.a. aktuelle DIN 14092) hinsichtlich möglicher Synergieeffekten beider Nutzungen sowie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

Leistungsphase 2 – Vorplanung

- Mitwirken bei der Beschaffung und Beantragung von Fördermitteln
- Mitwirken bei der Erstellung eines Raumbuchs im Excel-Format (Erstellen der technischen Inhalte)

Leistungsphase 3 –Entwurfsplanung

- Teilnahme an 2 Gremienterminen zu Präsentationen der Ergebnisse der Leistungsphase 3 inkl. Vorbereitung
- Aufstellen und Fortschreibung einer vertieften Kostenberechnung, Kostenelemente sind nach DIN 276 (3. Ebene) und nach Gewerken/Vergabeeinheiten zu gliedern.
- Fortschreiben des technischen Teils des Raumbuchs im Excel-Format

Leistungsstufe 2 – LPH 5-7

Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung

- Durchführung von Bemusterungen
- 2 Abstimmungsgespräche mit den Nutzern, Gesprächsdauer ca. 2 Stunden zuzüglich Vorbereitung und Mitwirkung bei der Protokollierung der Ergebnisse durch den Objektplaner

Leistungsstufe 3 – LPH 8-9

Leistungsphase 9 – Objektbetreuung

- Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist
- Mitwirken bei der Erstellung von Verwendungsnachweisen

Der Auftraggeber gibt folgende Meilensteine vor:

- Abschluss Leistungsphase 3 (Kostenberechnung): Dezember 2026
- Abschluss Leistungsphase 4 (Bauantrag): Februar 2027
- Spätester Baubeginn: März 2028
- Späteste Übergabe nach Fertigstellung/Inbetriebnahme: März 2030

Die Beauftragung erfolgt stufenweise wie folgt:

Stufe 1: Leistungsphasen 1 bis 4 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung)

Stufe 2: Leistungsphasen 5 bis 7 (Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe); für das Leistungsbild Tragwerksplanung nur Leistungsphase 5.

Stufe 3: Leistungsphasen 8 bis 9 (Objektüberwachung – Bauüberwachung, Objektbetreuung); für die Leistungsbilder Tragwerksplanung nur Leistungsphase 8.

Im Übrigen siehe Vergabeunterlagen.

III. Lose

Die Leistung ist in die nachfolgenden Lose aufgeteilt:

Los 1: Planungsleistungen in dem Leistungsbild Tragwerksplanung

Los 2: Planungsleistungen in dem Leistungsbild Technische Ausrüstung Anlagengruppen 1- 6, 7.1, 8 (Heizung, Lüftung, Sanitär, Klima, Elektro, nutzungsspezifische Anlagen, Gebäudeautomation)

Den Bietern steht es frei, nur für ein Los oder für alle Lose anzubieten. Im Teilnahmeantrag ist eindeutig kenntlich zu machen, für welche Lose der Bewerber sich bewirbt. Teilnahmeanträge/Angebote sowie die zugehörigen Unterlagen sind für jedes Los einzeln abzugeben und auszufüllen sowie jeweils getrennt bei dem Auftraggeber einzureichen. Für den Fall, dass der Bieter auf alle Lose anbietet, ist eine doppelte Abgabe der Angebotsunterlagen, soweit sich diese mit den Losen 1 und 2 decken, nicht erforderlich. Insoweit wird auf den Umfang der einzureichenden Unterlagen unter Teil C. verwiesen.

IV. Ausführungsort

Ausführungsort: D – Schwalbach am Taunus
NUTS-Code: DE71A

V. Rechtsschutz

1. Zuständige Vergabekammer

Das Vergabeverfahren unterliegt gemäß § 155 GWB der Nachprüfung durch die nachfolgende zuständige Vergabekammer:

**Regierungspräsidium Darmstadt
Vergabekammer des Landes Hessen
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt / Deutschland
Tel.: 06151 / 12-6603
Fax: 0611 327648534**

2. Rügeobliegenheiten und -fristen

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden und
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3. Nicht berücksichtigte Bewerber

Bewerber unterliegen mit der Abgabe ihres Teilnahmeantrages den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen (§ 62 VgV).

B. Teilnahmewettbewerb (1. Stufe des Verfahrens): Allgemeine Anforderungen an die Teilnahmeanträge

I. Allgemeines

Der Auftraggeber führt zunächst einen Teilnahmewettbewerb durch, in dem die interessierten Unternehmen ihre formelle und materielle Eignung nachzuweisen haben. Für diesen 1. Verfahrensschritt (1. Stufe) gilt Folgendes:

1. Teilnahmefrist

Falls Sie bereit sind, einen Teilnahmeantrag abzugeben, werden Sie gebeten, diesen mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache und in elektronischer Form (min. Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

**30.06.2026, 12:00 Uhr
(Teilnahmefrist)**

über das Vergabeportal einzureichen. Der gesamte Teilnahmeantrag sollte eine Größe von 50 MB nicht überschreiten. Eine postalische oder telefonische Abgabe oder eine Abgabe per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig.

Hinweis: Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Interessenbekundung, Teilnahmeanträge, Interessensbestätigungen und Angeboten sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf dem Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der vorgenannten Frist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße und fristgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können Teilnahmeanträge zurückgezogen werden.

2. Vorzulegende Unterlagen / Nachweise

Der Teilnahmeantrag muss folgende Unterlagen enthalten:

- ☒ Bewerber-Formblatt (Teilnahmeantrag) einschließlich der dort geforderten (Eignungs-) Nachweise als Anlage oder entsprechende eigene Dokumente
- ☒ Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (soweit erforderlich)
- ☒ Verzeichnis Nachunternehmerleistungen (soweit erforderlich)

Für die geforderten (Eignungs-)Unterlagen, die Eigenerklärungen des Bewerbers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie die weiteren für die Teilnahme geforderten Erklärungen stellt die Auftraggeberin ein Bewerber-Formblatt zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bewerber-Formblattes besteht nicht. Der Bewerber hat jedoch sicherzustellen, dass seine Bewerbung bei Nichtverwendung des Formblattes die nach Maßgabe der Bekanntmachung erforderlichen Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) enthalten sowie die in der Bekanntmachung darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Auch die zum Zwecke der Kommunikation, der statistischen Erfassung und/oder der Verfahrensführung geforderten Erklärungen sind einzureichen. Formelle und/oder inhaltliche Abweichungen davon können im Rahmen der Vorgaben zum Ausschluss des Bewerbers führen. Die Verwendung des Bewerber-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen.

Bewerber haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bewerber-Formblatt bezeichneten Unterlagen und Nachweise vorzulegen.

II. Teilnahmebedingungen

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

- (1) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB und/oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB.
- (2) Aussagekräftige Unternehmensdarstellung unter Angabe der Firma, Sitz, Gegenstand, Rechtsform, Geschäftsleitung des Unternehmens sowie einer kurzen Beschreibung des Tätigkeitsbereichs und der Benennung des Ansprechpartners für die Bewerbung.
- (3) Nachweis der Erlaubnis zur Berufsausübung je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem der Bewerber niedergelassen ist, entweder durch die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder durch sonstigen Nachweis über die erlaubte Berufsausübung
- (4) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs im Sinne des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Europäischen Rates vom 08.04.2022.
- (5) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- (1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens (netto) in den letzten drei Geschäftsjahren.
- (2) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens (netto) in den letzten 3 Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind

unter Einschluss des Anteils von gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

- (3) Nachweis einer Haftpflichtversicherung im Falle der Beauftragung mit einer Deckungssumme je Schadensereignis von mindestens 3.000.000 EUR für Personen- und Sachschäden sowie 2.000.000 EUR für Vermögensschäden.

Der Nachweis erfolgt durch eine Bestätigung des Versicherers über das Bestehen der Versicherung mit den genannten Deckungssummen. Ist das nicht der Fall, hat der Bieter den Nachweis durch eine Bestätigung des Versicherers über die Bereitschaft, im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Deckungssummen bereitzustellen, zu erbringen.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- (1) Eigenerklärung zu Angaben über die Erbringung von einschlägigen Planungsleistungen in den letzten fünf Jahren sowie des laufenden Jahres, deren Planungsanforderungen mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind:

Los 1: Tragwerksplanungsleistungen für die Errichtung von vergleichbaren Gebäuden (Feuerwehrgebäude), die mindestens die Leistungsphasen 2–5 im Sinne einer abgeschlossenen Leistung umfassen.

Los 2: Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung für die Errichtung von vergleichbaren Gebäuden (Feuerwehrgebäude), die mindestens die Leistungsphasen 3–8 im Sinne einer abgeschlossenen Leistung umfassen.

Anzugeben ist dabei je Referenz:

- Objekt
- Größe des Objekts
- Art der erbrachten Leistung
- Leistungszeit (Beginn/Ende)
- Angabe der Honorarzone gemäß HOAI
- Auftragsvolumen (Bauvolumen)
- Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefon-Nr.

Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Bescheinigungen des Referenzgebers ergänzend zum Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Leistungserbringung anzufordern.

- (2) Erklärung über das in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigte Personal des Bewerbers gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem Leitungspersonal.
- (3) Angaben zur Qualifikation und Berufserfahrung des für die Leitung und Aufsicht vorgesehenen Personals nebst Vorlage von Ausbildungszeugnissen.

4. Beteiligung mehrerer Unternehmen

- (1) Erklärung, welche Teile der Bieter beabsichtigt, an Nachunternehmer zu vergeben.

(2) Bei Bietergemeinschaften: Bietergemeinschaftserklärung.

5. Präqualifikation

Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III. Ausführungsbestimmungen

Der Auftragnehmer hat das im Zuge des Teilnahmeantrags benannte Personal für die spätere Vertragsausführung grundsätzlich einzusetzen. Sollte aus betrieblichen Gründen ein Wechsel erforderlich sein, muss der anstelle eines benannten Mitarbeiters eingesetzte Mitarbeiter über mindestens dieselbe Qualifikation verfügen.

IV. Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden (Bestenauslese)

1. Geplante Zahl der Wettbewerbsteilnehmer

min. 3 bis max. 5

2. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt bei Vollständigkeit der nach Maßgabe der Bekanntmachung vorzulegenden Nachweise und Erklärungen durch Bewertung der vorgelegten Referenzen. Für die Bewertung wird eine vergleichende Prognose angestellt, welche (unternehmensbezogene) Qualität aufgrund der eingereichten Referenzen für die vorliegend zu vergebende Leistung zu erwarten ist.

C. Allgemeine Anforderungen an die Angebote (2. Stufe des Verfahrens)

I. Allgemeines

Im zweiten Verfahrensschritt (2. Stufe) wird der Auftraggeber die geeigneten Unternehmen, die sich – soweit erforderlich – im Wege der Bestenauslese durchgesetzt haben, mit separatem Schreiben zur Angebotsabgabe auffordern. Für diese 2. Verfahrensstufe gilt Folgendes:

1. Einreichung der Angebote

Die Angebotsabgabe wird ebenfalls über das Vergabeportal erfolgen. Die insofern unter Teil B Ziffer 1 gegebenen Informationen gelten entsprechend.

2. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

3. Umfang der Angebote

Jedes Angebot muss bestehen aus:

- a) *Anlagen, die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind*
 - ☒ Verfahrensbrief(e)
- b) *Anlagen, die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden*
 - ☒ Leistungsbeschreibung je Los nebst Anlagen
 - ☒ Besondere Vertragsbedingungen
 - ☒ Alle übrigen Vergabeunterlagen, soweit nicht ausdrücklich benannt.
- c) *Anlagen, die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind*
 - ☒ Angebotsschreiben einschließlich der darin enthaltenen weiteren Formblätter
 - ☒ Honorarblatt (Los 1 und 2)
 - ☒ Konzeptionelle Darstellung der Herangehensweise an die Auftragsausführung gemäß den Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien (Los 1 und 2)
 - ☒ Konzeptionelle Darstellung zum Umgang mit Behörden gemäß den Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien (nur Los 2)
 - ☒ Weitere geforderte Erklärungen (z. B. Nachunternehmererklärung), soweit einschlägig

4. Angebotsfrist

Die Angebotsfrist wird den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe mitgeteilt. Gleiches gilt für die Zuschlags- und Bindefrist.

HINWEIS: EINE BIETERÖFFENTLICHE SUBMISSION FINDET NICHT STATT.

II. Zuschlagskriterien, Gewichtung und Wertungsformel

1. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dabei kommen die nachfolgend aufgeführten Einzelkriterien mit folgender prozentualer Gewichtung zur Anwendung:

- a) *Los 1:*
 - (1) Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar (70 %)
 - (2) Güte und Qualität der konzeptionellen Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung (30 %)
- b) *Los 2:*
 - (1) Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar (insgesamt 60 %)

(2) Güte und Qualität der konzeptionellen Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung (20 %)

(3) Güte und Qualität des Konzepts zum Umgang mit Behörden (20 %)

Die Angebote werden nach Maßgabe der angegebenen prozentualen Gewichtung in einem relativen Vergleich, zunächst für jedes Einzelkriterium und dann insgesamt, zueinander bewertet.

2. Erläuterung der Zuschlagskriterien

a) *Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar gemäß Preisblatt (insgesamt 60 %)*

Für das Kriterium „Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar“ wird das vom Bieter angebotene Brutto-Gesamthonorar nach Maßgabe des Honorarblattes bewertet. Der Bieter mit dem günstigsten angebotenen Brutto-Gesamthonorar erhält die beste Bewertung (100 Punkte). Brutto-Gesamthonorare, die zweifach so teuer wie das günstigste Brutto-Gesamthonorar sind, erhalten 0 Punkte. Zwischenwerte werden linear interpoliert.

b) *Güte und Qualität der konzeptionellen Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung (Los 1: 30 %; Los 2: 20 %)*

Der Bieter hat mit seinem Angebot eine konzeptionelle Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung vorzulegen, in der er die interne Organisation sowie die Strukturierung der Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit der Planungsaufgabe erläutert. Dabei soll der Bieter insbesondere darlegen,

- wie ein Projektteam für einen vergleichbaren Auftrag besetzt und der Personaleinsatz organisiert ist (Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter unterteilt nach Mitarbeiterkategorien und ihren jeweiligen internen Zuständigkeiten);
- welche Arbeitsabläufe üblicherweise bei einem vergleichbaren Auftrag vorgesehen und wie diese strukturiert sind und wie er die Projektbeteiligten (z.B. (Behörden, Bauunternehmen, Bauherr) koordinieren wird,
- wie der Bieter größtmögliche Terminsicherheit bei der Ausführung eines Auftrags sicherstellen wird;
- welche Qualitätssicherungsmaßnahmen der Bieter üblicherweise während der Bauausführung ergreift,
- welche Maßnahmen der Bieter regelmäßig ergreift, um größtmögliche Kostensicherheit bei der Abwicklung eines Auftrags zu erzielen,
- wie der Bieter sicherstellt, dass er stets – auch bei kurzfristigem Bedarf und bei erforderlicher Urlaubs- und Krankheitsvertretung – über genug und entsprechend qualifiziertes Personal für die Auftragsabwicklung verfügt.

Die vorstehenden Aspekte fließen zu gleichen Teilen in die Wertung ein.

c) *Los 2: Güte und Qualität des Konzepts zum Umgang mit Behörden (20 %)*

Der Bieter hat mit seinem Angebot eine konzeptionelle Darstellung zum Umgang mit übergeordneten oder in den Planungsvorgang einzubindenden Behörden vorzulegen, in der er nachvollziehbar, schlüssig und plausibel erläutert, wie er mit anderen Behörden eine möglichst reibungslose Abwicklung des jeweiligen Projekts sowie die Gewährleistung einer effizienten behördlichen Zusammenarbeit sicherstellen will. Daher soll der Bieter darlegen, wie er die Einhaltung behördlicher Prozesse und eine transparente Kommunikation in seine Leistungsausführung eingebunden werden können. Darüber hinaus hat der Bieter zu erläutern, wie er auf ggf. auch kurzfristige behördliche Anforderungen flexibel und zuverlässig reagiert. Hierzu zählt insbesondere auch der Umgang mit unerwarteten Herausforderungen, etwa im Falle von behördlichen Sonderanforderungen.

3. **Bewertungsrahmen**

a) *Los 1:*

Zuschlagskriterium	Gewichtung (%)	(Max.) Punktezahl Einzelkriterium	Produkt-Gewichtung x Punkte (in Klammer: erzielte Punktezahl)
Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar nach Maßgabe des Preisblatts	70	100	(Punkte)
Güte und Qualität der konzeptionellen Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung	30	100	(Punkte)
SUMME:	100		(100 Punkte)

Die Tabelle verdeutlicht den Rechengang der Wertung. Maximal werden je Einzelkriterium 100 Punkte vergeben, die dann mit der Gewichtung multipliziert werden. Somit errechnet sich die Punktezahl für das konkrete Angebot auf der Ebene der Einzelkriterien. Aufsummiert ergibt sich die Gesamtpunktzahl für das Angebot (maximal 100 Punkte). Das Angebot des Bieters mit der höchsten Punktzahl nach den bekannt gemachten Kriterien stellt das wirtschaftlich günstigste Angebot dar.

b) *Los 2*

Zuschlagskriterium	Gewichtung (%)	(Max.) Punktezahl Einzelkriterium	Produkt-Gewichtung x Punkte (in
--------------------	----------------	-----------------------------------	---------------------------------

			Klammer: erzielte Punktezahl)
Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar nach Maßgabe des Preisblatts	60	100	(Punkte)
Güte und Qualität der konzeptionellen Darstellung über die Herangehensweise an die Auftragsausführung	20	100	(Punkte)
Güte und Qualität des Konzepts zum Umgang mit Behörden	20	100	(Punkte)
SUMME:	100		(100 Punkte)

Die Tabelle verdeutlicht den Rechengang der Wertung. Maximal werden je Einzelkriterium 100 Punkte vergeben, die dann mit der Gewichtung multipliziert werden. Somit errechnet sich die Punktezahl für das konkrete Angebot auf der Ebene der Einzelkriterien. Aufsummiert ergibt sich die Gesamtpunktzahl für das Angebot (maximal 100 Punkte). Das Angebot des Bieters mit der höchsten Punktzahl nach den bekannt gemachten Kriterien stellt das wirtschaftlich günstigste Angebot dar.

4. Die Bewertung der Einzelkriterien erfolgt nach folgender Maßgabe:

a) *Angebotenes kalkulatorisches Brutto-Honorar nach Maßgabe des Honorarblatts*

Der Bieter mit dem geringsten angebotenen (Brutto-)Gesamthonorar erhält 100 Punkte, die in die vorstehende Tabelle Spalte 3 (Punktezahl Einzelkriterium) übertragen werden. Aus dem Produkt Punktezahl Einzelkriterium x Gewichtung des Wertungskriteriums folgt die nach Maßgabe der vorstehenden Tabelle Spalte 4 für das Kriterium erzielte Punktzahl.

$$\text{Punktezahl}_{\text{Angebot}} = 100 + \frac{(\text{Preis}_{\text{Angebot}} - \text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}}) * (-100)}{(\text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}} * 2) - \text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}}}$$

b) *Güte und Qualität der geforderten Konzepte*

Die Güte und Qualität der geforderten Konzepte wird mit folgenden Punktnoten bewertet, wobei der Auftraggeber nach konkreter Sachlage auch halbe Punkte vergeben kann (z. B. 1,5 Punkte):

- 1 Punkt: Die Anforderungen werden kaum erfüllt. Das Konzept ist lückenhaft, wenig nachvollziehbar oder nicht auf die Aufgabenstellung bezogen. Die Zielsetzung wird weitgehend verfehlt.
- 2 Punkte: Die Anforderungen werden nur in Ansätzen erfüllt. Das Konzept bleibt inhaltlich oder methodisch hinter den Erwartungen zurück. Die Zielsetzung wird nur unzureichend erreicht.
- 3 Punkte: Die Anforderungen werden insgesamt erfüllt, jedoch mit erkennbaren Schwächen in der Ausarbeitung oder Umsetzungstiefe. Die Zielsetzung wird nur teilweise erreicht.

4 Punkte:	Die Anforderungen werden weitgehend erfüllt. Das Konzept ist fachlich solide und nachvollziehbar, kleinere Schwächen oder Unschärfen sind vorhanden, beeinträchtigen die Zielerreichung jedoch nicht wesentlich.
5 Punkte:	Die Anforderungen werden vollständig und überzeugend erfüllt. Das Konzept zeigt eine exzellente fachliche Tiefe, Stringenz und Umsetzungsorientierung. Die Zielsetzung wird in besonderem Maße erreicht oder übertroffen.

Maximal können pro Kriterium fünf Punkte erzielt werden. Diese werden mit dem Faktor 20 multipliziert (= max. 100 Punkte) und dann in die Tabelle unter Ziffer II., in die jeweilige Spalte 3 (Punktezahl Einzelkriterium) übertragen. Aus dem Produkt Punktezahl Einzelkriterium × Gewichtung des Wertungskriteriums folgt die nach Maßgabe der Tabelle unter Ziffer II., Spalte 4 für das jeweilige Kriterium erzielte Punktezahl.

III. Besondere Vertragsbedingungen

Das Angebot ist auf Grundlage der Besonderen Vertragsbedingungen (Muster-Vertrag nebst Anlagen) zu erstellen, soweit sich aus den Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt.

Ergänzungen der Besonderen Vertragsbedingungen durch den Bieter sind mit Angebotsabgabe auf jeweils gesonderter Anlage dort erforderlich, wo dies ausdrücklich in den besonderen Vertragsbedingungen bezeichnet ist. Hält der Bieter einzelne vertragliche Bedingungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird ebenfalls um einen entsprechenden Hinweis sowie ggf. prüffähigen Klauselvorschlag rechtzeitig vor Angebotsabgabe gebeten. Der Auftraggeber wird diese Hinweise prüfen und ggf. vor Angebotsabgabe einer Anpassung der vertraglichen Bedingungen vornehmen.

Mit seinem Angebot erkennt der Bieter die besonderen Vertragsbedingungen in der von ihm eingereichten Fassung an.

D. Allgemeine Hinweise

I. Vergabeverfahrensart und -ablauf

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem nachstehend beschriebenen Verfahrensablauf lediglich um eine vorläufige Planung handelt. Der Auftraggeber behält sich vor, den zeitlichen und verfahrensrechtlichen Ablauf abzuändern. Ein Anspruch von Bewerbern/Bietern auf die Einhaltung des nachfolgend skizzierten Verfahrens wird nicht begründet. Die genannten Termine sind dementsprechend nur vorläufig und können unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze geändert werden. Sollte sich eine Änderung der Termine und/oder des Verfahrensablaufes ergeben, wird der Auftraggeber darüber gesondert informieren.

Das vorliegende Vergabeverfahren wird in der Verfahrensart „Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“ nach § 17 VgV geführt. Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist ein zweistufiges Vergabeverfahren für Aufträge, deren geschätzter Auftragswert oberhalb des maßgeblichen EU-Schwellenwerts liegt. In diesem Verfahren werden im Rahmen der EU-weiten Bekanntmachung Teilnahmeanträge von einer unbeschränkten Zahl von Unternehmen abgefordert, die in diesem Zuge ihre Eignung nachweisen müssen (1. Stufe).

Nach Ablauf der Teilnahmefrist werden sämtliche eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit sowie in Bezug auf das Nichtvorliegen etwaiger Ausschlussgründe nach § 57 Abs. 1 Hs. 2,

Abs. 3 VgV geprüft. Sodann überprüft der Auftraggeber die Eignung der Bewerber anhand der in der Bekanntmachung festgelegten Kriterien und den vorgelegten Unterlagen des jeweiligen Bewerbers sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB als auch ggf. Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB und schließt etwaig vorhandene ungeeignete Bewerber von dem Vergabeverfahren aus.

Die Leistungsfähigkeit einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft muss insgesamt nachgewiesen werden, d. h. es werden die Nachweise der einzelnen Mitglieder in der Summe bewertet. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Bewerber/Bietergemeinschaftsmitglieds zur Selbstreinigung nach § 125 GWB werden demgegenüber für jedes einzelne Mitglied der Bewerber bzw. Bietergemeinschaft geprüft.

Im Falle der Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden (sog. Bestenauslese): Nach Auswertung der Teilnahmeanträge beabsichtigt der Auftraggeber, soweit vorhanden, höchstens fünf geeignete Bewerber zur Angebotsabgabe aufzufordern und damit die 2. Stufe des Verfahrens einzuleiten. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt bei Vollständigkeit der vorzulegenden Nachweise und Erklärungen durch Bewertung der Teilnahmeanträge gemäß den nachstehend beschriebenen objektiven Kriterien (s.o.).

Das weitere Verfahren erfolgt nach Abgabe der Angebote durch die dazu aufgeforderten geeigneten Bieter im Rahmen eines gestuften Verhandlungsverfahrens. Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Abs. 12 Satz 1 VgV vor, etwaige Verhandlungen mit den Bietern in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber nach § 17 Abs. 11 VgV aber auch das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der jeweiligen ersten Angebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Ein Anspruch der Bieter auf Verhandlung besteht demnach nicht.

Soweit die interne Vergabeentscheidung nicht auf der Grundlage der Erstantgebote ergeht, wird diese getroffen, sobald die Vertragsverhandlungen mit dem Ergebnis eines unterschriftsreifen Vertrages abgeschlossen sind. Danach wird das Informationsschreiben gemäß § 134 Abs. 1 GWB an die nicht berücksichtigten Bieter versendet. Nach Ablauf der gesetzlichen Wartefrist erfolgt die rechtsförmliche Zuschlagserteilung.

II. Kontaktstelle und Kommunikation

Die **GÖRG PARTNERSCHAFT VON RECHTSANWÄLTEN MBB (VERGABESTELLE)**, Ulmenstraße 30, 60325 Frankfurt am Main, ist mit der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt worden.

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bewerbern/Bietern, etwa bei Bewerber-/Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren **ausschließlich** über das von dem Auftraggeber eingesetzte Vergabeportal (**Deutsches Vergabeportal - DTVP**) geführt. Damit die Auftraggeberin mit den Bewerbern/Bietern in optimaler Weise kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabepattform <https://www.dtv.de/> freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann der Auftraggeber die nicht registrierten Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabepattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

III. Fragen zum Verfahren und den Vergabeunterlagen

1. Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten oder Fehler, so hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Ablauf der jeweiligen Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags/Angebotes über das Vergabeportal darauf hinzuweisen.

2. Frist für Bewerber-/Bieterfragen

Etwaige Bewerber-/Bieterfragen sind über das Vergabeportal bis spätestens sechs Tage vor Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist (Teilnahmefrist/Angebotsfrist) an die Vergabestelle zu richten. Die Bieter werden gebeten, bei ihren Fragen Bezug auf entsprechende Dokumente, deren Kapitel und Inhalt zu nehmen. Telefonische oder direkt mündlich gestellte Fragen sind nicht zulässig und werden nicht beantwortet.

3. Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen der Auftraggeberin

Fragen der Bewerber-/Bieter und die zugehörigen Antworten der Vergabestelle werden, soweit diese für das Wettbewerbsfeld von Interesse sind, einheitlich und gleichzeitig allen Bewerbern-/Bieterinnen durch Bieterfragen-/Antwortenkataloge in anonymisierter Form durch ein entsprechendes Hochladen auf das Vergabeportal zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für sonstige Mitteilungen des Auftraggebers (z. B. Änderung der Vergabeunterlagen oder sonstige Hinweise).

Der Auftraggeber behält sich eine Optimierung/Ergänzung der Vergabeunterlagen ausdrücklich vor, wenn und soweit sich dies nach dem Fortgang des weiteren Verfahrens, insbesondere im Falle von Verhandlungen – soweit zulässig – und/oder auf Grund von Hinweisen und Fragen der Bewerber/Bieter als zweckmäßig oder als geboten erweist.

IV. Hinweise für Teilnehmer am Wettbewerb

1. Zugelassene Sprachen

Die Verfahrenssprache ist deutsch. Die gesamte Kommunikation (einschl. der Teilnahmeanträge/Angebote) mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

Für Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind (z. B. Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

2. Ausschlussgründe

Von der Wertung ausgeschlossen werden nach § 57 Abs. 1, 3 VgV Angebote und/oder Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Angebote und/oder Teilnahmeanträge, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV entsprechen, insbesondere:

- (1) Angebote/Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- (2) Angebote/Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- (3) Angebote/Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- (4) Angebote/Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Eintragungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,

- (5) Angebote, die nicht die geforderten Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreis den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen,
- (6) nicht zugelassene Nebenangebote.

3. Formblätter der Auftraggeberin

Es sind – soweit nicht in den Vergabeunterlagen etwas Abweichendes geregelt ist – ausschließlich diejenigen Formblätter zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beigelegt sind.

4. Keine Kostenerstattung

Für die Bearbeitung und Erstellung der Teilnahmeanträge und/oder Angebote werden den Bietern etwaig entstehende Kosten nicht erstattet.

5. Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Teilnahmeanträge von Bewerbern/Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Die Bieter haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird die Auftraggeberin von den Bietern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Bieter diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen können in §§ 2, 3 GWB nachgelesen werden. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

6. Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen des Vergabeverfahrens erbetene personenbezogene Daten werden hierfür gespeichert und verarbeitet.

Der Bewerber/Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an den Auftraggeber und die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber/Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an den Auftraggeber und die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Einwilligung der betroffenen Personen einzuholen.

Soweit die Vergabestelle im Rahmen der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens personenbezogene Daten verarbeitet, gelten folgende Datenschutzhinweise, welche die Bewerber/Bieter den jeweils betroffenen Personen zur Kenntnis bringen:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Kennedyplatz 2, 50679 Köln, Telefon 0221-33660-0, Telefax 0221-33660-80. Der Datenschutzbeauftragte der Vergabestelle ist wie folgt erreichbar: GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Datenschutzbeauftragter, Kennedyplatz 2, 50679 Köln, E-Mail: dsb@goerg.de.

Im Rahmen der Durchführung des Vergabeverfahrens verarbeitet die Vergabestelle personenbezogene Daten von Beschäftigten der Bewerber/Bieter. Dabei werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

- Namen und Kontaktdaten (insbesondere Vor- und Nachname der zuständigen Ansprechpersonen, E-Mailadresse und Telefonnummer)
- Daten zur Überprüfung der Bietereignung (insbesondere Daten zur Überprüfung von Referenzen und der Qualifikationen von Ansprechpersonen)

Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

Im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitete personenbezogene Daten werden an folgende Empfänger weitergegeben bzw. können an diese weitergegeben werden:

- Auftraggeber
- Betreiber der Vergabeplattform
- Vergabekammer/Gerichte

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeiteten personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf etwaiger Aufbewahrungsfristen gespeichert und danach gelöscht. Als Regel gilt eine Frist von sechs Jahren nach Ende des Jahres, in dem das Vergabeverfahren abgeschlossen wurde.

Betroffene haben das Recht,

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über ihre von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere kann Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber Landeshauptstadt Wiesbaden – Wettbewerbliches Auswahlverfahren zur Überlassung des Spielbankbetriebs an dritte Personen 35 denen ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei der Vergabestelle erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung ihrer bei der Vergabestelle gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der bei der Vergabestelle gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Betroffene aber deren Löschung ablehnen und die Vergabestelle die Daten nicht mehr benötigt,

Betroffene jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Betroffene gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO ihre personenbezogenen Daten, die sie der Vergabestelle bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- sich gemäß Art. 77 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Betroffene können sich hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder des Sitzes der Vergabestelle wenden.

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage eines berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Betroffene von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an: datenschutz@goerg.de.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass er sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, ggf. externe Fachberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt. Diesbezügliche Einzelheiten ergeben sich aus den Datenschutzzinformationen des Auftraggebers.

7. Geheimschutz – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Die Bieter müssen in ihren Angeboten diejenigen Stellen bezeichnen oder markieren, die dem Geheimschutz im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen.

8. Wahrung der Vertraulichkeit

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrages/Angebotes verpflichtet sich der Bewerber/Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen. Sie dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrages/Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Berater und Unterauftragnehmer – auch auszugsweise – sowie jede Nutzung für andere Zwecke sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet.

Davon ausgenommen sind lediglich Berater und Unterauftragnehmer der Bewerber/Bieter, wenn diese nachweislich zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise und demselben Umfang verpflichtet worden sind.

Bewerber/Bieter dürfen Veröffentlichungen über das Vorhaben oder Teile davon sowie über weitere Informationen, welche ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt werden, nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

9. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber ist zur rechtmäßigen Aufhebung berechtigt, wenn die in § 63 Abs. 1 VgV genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde (vgl. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

10. Sonstiges

Sofern in diesem Vergabeverfahren Bezug genommen wird auf nationale Normen, Spezifikationen und Gütezeichen, verstehen diese sich in der Weise, dass auch „oder gleichwertig“ angeboten werden kann, wobei diese Gleichwertigkeit vom Bieter bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nachzuweisen ist.

Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.

Bewerber aus anderen EU-Mitgliedsstaaten haben die besonderen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen für den innergemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

V. Kooperationen bei Teilnahme an Vergabeverfahren

1. Bewerber-/ Bietergemeinschaften

Bewerber-/Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag/Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Sofern nicht im offenen Verfahren/öffentliche Ausschreibung ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

Ein Wechsel der Mitglieder einer Bietergemeinschaft ist dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und nur mit dessen ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung möglich. Auf Grund der restriktiven Tendenz der vergaberechtlichen Rechtsprechung kann der Bieter im Regelfall nicht mit der Erteilung der Zustimmung rechnen.

Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung: Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform mit federführendem und bevollmächtigtem Mitglied und gesamtschuldnerischer Haftung der Mitglieder.

2. Sogenannte Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter, sich im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen (Entleiher) zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten im offenen Verfahren mit dem Angebot und im Übrigen im Teilnahmeantrag benennen. Der Bewerber/Bieter hat nachzuweisen, dass ihm

die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen nach Maßgabe der Vorgaben des Vergabeverfahrens geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bewerber/Bieter im Rahmen einer Eignungsleihe hinsichtlich der Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die entsprechende Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

Für den Austausch von benannten Entleihern gelten im laufenden Vergabeverfahren die Maßgaben zum Wechsel der Mitglieder einer Bietergemeinschaft sinngemäß.

3. Nachunternehmer / Unterauftragsvergabe

Art und Umfang etwaiger Nachunternehmerleistungen sind spätestens mit dem Angebot anzugeben. Falls zumutbar sind die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen.

Vor Zuschlagserteilung kann die öffentliche Auftraggeberin von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

Für Unterauftragnehmer aller Stufen gilt § 128 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Die öffentliche Auftraggeberin überprüft vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt die öffentliche Auftraggeberin die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann die öffentliche Auftraggeberin verlangen, dass dieser ersetzt wird. Die öffentliche Auftraggeberin kann dem Bewerber oder Bieter dafür eine Frist setzen.

* * *